

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 34 (1942)
Heft: 9

Artikel: Wie und Wer der Kriegslasten
Autor: Rimensberger, E.F.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353092>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie und Wer der Kriegslasten.

Von E. F. Rimensberger.

Der Krieg ist ein unersättlicher Konsument an Menschen und Gütern.

Fast scheint es, dass sich bei der Deckung seines Bedarfs an « Menschenmaterial » — wir erleben innerhalb von 20 Jahren den zweiten Weltkrieg! — weniger Schwierigkeiten ergeben als im Falle des Materialbedarfs. Die Bereitschaft der Menschen, selber zu sterben bzw. andere sterben und verstümmelt zu sehen, ist bisher bei jedem Krieg in so hohem Masse vorhanden gewesen, dass der Beginn der Kampfhandlungen nie durch gegenteilige Strömungen entscheidend beeinträchtigt worden ist. Die gegenteiligen Strömungen melden sich meistens erst gegen Ende des Krieges.

Ueber die materiellen Opfer hingegen hört man Klagen vom ersten Tage eines Krieges an. Schon lange vor dem Krieg befassen sich deshalb die Behörden vorsorglich mit dem Thema der wirtschaftlichen Bereitstellung, Sicherung und Fürsorge. Während die Soldaten an der Front weiter schießen und marschieren, da sie sonst selber erschossen und überrannt werden, macht das « defaistische » und « verwöhnte » Hinterland, das schon so manchen wirkungsvoll begonnenen Krieg meuchlings umgebracht hat, seine Forderungen und Ansprüche geltend. Während die Soldaten an der Grenze oder in der Schlacht stehen, wo das Blut schweigend und gratis fließt, zankt sich das Hinterland über die Tragung der Kosten des Krieges und die eventuelle materielle Liquidation des bösen Abenteurers nach dem Kriege. Ob das schweigsame und disziplinierte Verhalten an der Grenze und Front eine Tugend und die lebhaftige Diskussion im Hinterland verwerflich ist, möchten wir hier nicht entscheiden. Dass an der Front, wo jeder seine eigene Haut bedroht fühlt, nicht viel geredet wird, hat seine psychologischen und praktischen Gründe. Dass im Hinterland wohl geredet wird, ist vielleicht normales Geschehen bei Menschen, solange sie noch reden bzw. denken können und ihnen das Geschehen Musse dazu lässt.

Das Thema der materiellen Sorgen und Fragen ist in diesem Krieg für alle, das heisst für die vom Krieg betroffenen und für die neutralen Länder, ganz besonders aktuell und schwierig. Kriegerrische Bereitschaft und Krieg sind zur ausgesprochenen « Materialschlacht » geworden. Auch wenn die Verluste an Menschenleben nicht so klein sind, wie sie von den Kriegführenden in bezug auf sich selber dargestellt werden (und auch nicht so gross, wie wenn sie über den Gegner sprechen!), so kann man doch alles in allem sagen, dass diese Verluste bis jetzt sicherlich weit hinter den 10 Millionen Toten und ebensovielen Verwundeten und Verstümmelten des letzten Weltkrieges zurückgeblieben sind. Hingegen gibt es nicht im gering-

sten an den gigantischen Zahlen über den materiellen Aufwand zu zweifeln. Wenn zum Beispiel die Schweiz, wie im letzten Krieg, von den Menschenopfern verschont bleibt, so steht doch schon heute fest, dass uns der Krieg an Wehraufwand in einem einzigen Jahr nahezu zweimal soviel kostet wie der ganze letzte Weltkrieg, oder, mit andern Worten, dass uns der letzte Weltkrieg an Geld « nur » zirka 1 Milliarde Franken gekostet hat, während uns der jetzige Krieg heute schon nahezu 5 Milliarden kostet. Trotz der gewaltigen Erhöhung der direkten und indirekten Steuern usw., trotz aller Zuschüsse an Material, Gold und Geld aus den besetzten Ländern, ist die offizielle Staatsschuld Deutschlands mit 153 Milliarden Reichsmark heute schon so gross wie am Ende des letzten Krieges. Allein vom 1. September 1939 bis 31. August 1940 bezifferten sich die Ausgaben des französischen Staates bei einem nationalen Einkommen von 120 Milliarden Franken auf 260 Milliarden, wovon 180 Milliarden oder 18 Milliarden Schweizerfranken auf die militärischen Ausgaben entfielen. Die USA. haben bis jetzt 25 Milliarden Dollar (108 Milliarden Franken) im Krieg « investiert ». Die Ausgaben für Kriegszwecke wachsen monatlich um 3 Milliarden Dollar. England gibt heute für die Kriegführung pro Tag 12 Millionen Pfund, das heisst im Jahr zirka 75 Milliarden Franken aus, während der ganze letzte Weltkrieg für alle Staaten zusammen nicht viel mehr als 1000 Milliarden Franken gekostet hat.

All dieses Geld ist der Gegenwert von Arbeit und Gütern. Da es sich jedoch bei dieser Arbeit und diesen Gütern um Arbeit und Güter für unproduktive Zwecke, das heisst für den Krieg und die Zerstörung handelt, erfolgt der Aufwand auf Kosten des sonstigen Bedarfs der Menschheit. Um diese Summen muss — es gibt ordentlicher Weise keinen andern Weg — der sonstige Bedarf und Konsum der Menschen sofort oder später gekürzt werden.

Darüber ist man sich in den regierenden Stellen allerorts klar, und man ist deshalb bestrebt, die Sache möglichst kurz — wenn auch schmerzvoll! — zu machen. Grosse Nationalökonomien und andere, die uns angeblich glücklich machen oder das Unglück von uns fernhalten wollen, verkünden mit einem gewissen Stolz, dass, wenn der Krieg beendet sei, er, « volkswirtschaftlich betrachtet », auch bereits bezahlt sei. Mit dem Krieg scheint es wie mit einem Abzahlungsgeschäft zu sein: die ganze Sache freut einem erst, wenn die letzte Rate beglichen ist.

Wir begreifen ganz gut, dass man in verschiedenen Ländern das finanzielle Elend der letzten Nachkriegszeit nicht vergessen hat und diesmal versuchen will, womöglich ohne Schrecken ein schnelles Ende der Kriegsschulden und Lasten zu finden, anstatt zum zweitenmal den Schrecken ohne Ende der letzten Kriegsliquidierung mitzumachen. Es liegt auch auf der Hand, dass, wenn der Krieg in Form von Anleihen usw. erst nach dem Kriege bezahlt wird, man in gewissem Sinne zweimal dafür zu bezahlen hat: einmal in Form der Zinsen und das zweitemal in Form der Amortisation.

Trotzdem möchten wir einige Einwände machen, und zwar nicht nur deshalb, weil wir von Natur aus ein wenig ketzerisch veranlagt sind und in dieser Arbeit auf weniger bekannte oder gar nicht beachtete Meinungen hingewiesen werden soll, sondern weil diese Frage, was meistens übersehen wird, auch eine **p s y c h o l o g i s c h e** und nahezu eine **i d e o l o g i s c h e** Seite hat.

Wenn der Krieg ganz oder in viel höherem Masse, als dies früher üblich war, sofort bezahlt werden kann, so hat das seine Gründe. Früher, in einer sozusagen liberaleren Welt, konnte man den Völkern auf dem Gebiete der Steuern, das heisst der direkten Kürzung ihrer Lebenshaltung, nicht allzuviel zumuten. Dies war einer der Hauptgründe, dass der letzte Weltkrieg von allen kriegführenden und auch von neutralen Ländern zu einem grossen Teil mit Anleihen, ja durch blosse inflatorische Geldschöpfung finanziert werden musste (was übrigens sehr viel zum finanziellen und kriegswirtschaftlichen Chaos und damit zur schnelleren Beendigung des Krieges beitrug). Im Krieg von 1914/18 haben zum Beispiel in Deutschland die Steuern nur zu 6 Prozent zur Kriegsfinanzierung beigetragen. Von den insgesamt 8803 Millionen Pfd. englischer Kriegslasten sind damals 1743 Millionen durch Steuern gedeckt worden. In USA. waren es von 15 Milliarden Dollar 4 Milliarden. In Frankreich wurde von den Kriegsausgaben von 128 Milliarden Franken während des Krieges so gut wie nichts direkt aufgebracht. Heute kann man sagen, dass sowohl in Deutschland als auch in England nahezu 50 Prozent des Nationaleinkommens zur Deckung der Staatsausgaben und damit hauptsächlich zur sofortigen Finanzierung des Krieges herangezogen werden (in England gehen bis zu zirka 40 Prozent der öffentlichen Ausgaben auf diese Rechnung).

Wir haben zu Beginn gesagt, dass die Menschen, wenn man ihr Geld will, viel schneller auf die Hinterfüsse stehen, als wenn es sich um das Leben handelt. Es scheint, dass sich der Staat heute auch auf materiellem Gebiet viel grössere Zumutungen leisten kann bzw. will. Geschähe es für produktive Zwecke des Friedens, so liesse sich darüber reden. Die Zwecke sind jedoch, wie wir gesehen haben, ganz andere, wobei man sich übrigens fragen muss, ob bei diesen Zumutungen der mehr oder weniger grosse Zwang nicht eine wichtigere Rolle spielt als die Opferbereitschaft.

Wenn wir uns darüber Rechenschaft geben wollen, woher die Tendenz kommt, die Menschen sofort in so hohem Masse für den Krieg zahlen und entbehren zu lassen, so gibt uns das Büchlein « Wo kommt das viele Geld her? » des Vorsitzenden des Deutschen Konjunkturforschungsinstitutes, Wagemann, eine gute Gelegenheit dazu. Wagemann stellt darin ebenfalls Vergleiche mit dem letzten Krieg an. Mit ironischer Boshaftigkeit erinnert er an jene stümperhafte « liberale » Einstellung des letzten Krieges, wo man es noch nicht wagte, die Steuerschraube so zu handhaben, wie man es heute kann. Entsetzt ruft er aus, dass es in jener « Epoche des Liberalismus », wo — wie er sagt — das ganze Elend einer demokratischen

und partikularistischen Verfassung in die Augen sprang, durchaus unmöglich gewesen wäre, die Steuerschraube zur Deckung der Ausgaben so scharf anzuziehen, wie es nötig gewesen wäre. In unserer Epoche, so sagt er weiter, sind seit Jahren 40 Prozent des Volkseinkommens durch Steuern usw. erhoben worden, so dass alles in allem in runden Zahlen seit Jahren ungefähr die Hälfte der Arbeit des deutschen Volkes für den « öffentlichen Bedarf » (das heisst « Kanonen statt Butter », d. V.) eingesetzt wird. Dies sei, so gibt Wagemann offen zu, die kapitale Macht der jetzigen Kriegsfinanzierung.

Mit andern Worten: die unbegrenzten finanziellen Möglichkeiten sind die kapitale Macht der heutigen Kriegführung. Je freier man sich in dieser Beziehung in den höchsten politischen und militärischen Kommandostellen fühlt, um so unbesorgter kann der Krieg aufgezogen, weitergeführt oder nach Beendigung wieder begonnen werden. Dies ist der leidige psychologische Hintergrund der « weisen » Methoden der jetzigen Kriegsfinanzierung, die auch ausserhalb Deutschlands so viele bewusste und unbewusste Befürworter und Nachahmer finden. Dass man auch anders schlussfolgern kann, möchten wir mit einer persönlichen Feststellung illustrieren, die vielleicht gar nicht so persönlich ist, denn in der gleichen Lage sind heute viele, die zwischen 40 und 50 Jahre alt sind: wir haben an die 1000 und mehr Dienstage im Dienstbüchlein. Wir haben einen schönen Teil unserer Steuern, die wir nützlichen und dem Allgemeinwohl dienenden Zwecken gerne gegönnt hätten, für Kriegsbedarf aufgebracht. Man kann es volkswirtschaftlich genial finden, dass ein Krieg nach Möglichkeit sofort bezahlt wird. Die geniale Erfindung entbehrt jedoch ein wenig des Reizes, wenn man zwei Weltkriege miterlebt hat und nicht sicher ist, ob es gerade noch reicht, um eventuell in einem dritten Krieg ein HD. zu werden und auch diesen noch sofort bezahlen zu helfen. Es kommt nicht allein darauf an, dass, volkswirtschaftlich richtig gesehen, sofort bezahlt wird, sondern auch darauf, wer und dass nicht immer der gleiche bezahlt!

Auch wenn man als Schweizer, da uns ja durch die militärische Bereitschaft Schlimmeres erspart zu sein scheint, noch mit sich reden lassen kann, so könnte man anderseits doch gut begreifen, dass man andernorts über diese Methode ein wenig anders denkt, und wäre es auch nur aus prophylaktischen, d. h. vorbeugenden Gründen, denn wir wissen doch — was uns übrigens alle angeht! —, dass der jetzige Krieg genau in dem Augenblick zum Sprung angesetzt hat, als die Schulden des letzten Krieges bezahlt bzw. die Reparationen, ohne sie zu bezahlen, abgestrichen waren. Denkmittel in der Form von Kriegs- und Rüstungsschulden sind vielleicht gar keine so schlechte Sache: für Kriegführende und sogar für Neutrale!

Die Wissenschaft und allerlei gebrannte Kinder, die angeblich das Feuer scheuen, werden vielleicht darauf erwidern, dass es doch bei der erwähnten Sofort-Methode vor allem auch darum geht, eine Inflation, also das schlimmste aller Uebel, zu verhüten. Wir sind die

letzten, die die Gefahren der Inflation verkennen, besonders beim allmählichen Abgleiten des Geldwertes, wenn die Löhne immer hinter den Preisen herhinken. Wir lassen aber auch nicht aus der Inflation einen « Bölima » machen. Wenn es wahr ist, dass der Werk-tätige an Kapital meistens nicht viel mehr als seine Arbeitskraft besitzt, so haben zum Beispiel diese Volksschichten bei der Inflation in Deutschland, als ein Pfund Brot ein paar Millionen Mark kostete, weniger verloren als jene, die damals Hunderttausende und Millionen an Geldeswert besaßen. Die Erschütterungen, die die Mentalität des « kleinen Sparers » und des « Besitzes » durch die Inflation in Deutschland erfahren hat, hätte sich vielleicht sogar in gutem Sinne nutzbar machen lassen, wenn es das Schicksal nicht anders gewollt hätte. Auf alle Fälle war mit der Inflation in Deutschland der Krieg, soweit man ihn selber finanziert hatte, bezahlt, und zwar zu einem grossen Teil von jenen, die an ihm verdient hatten oder von ihm (Kriegsanleihen usw.) leben wollten.

Heute soll nun bei der Barbezahlung des Krieges auch in Deutschland dafür gesorgt werden, dass die Werktätigen ebenfalls ihr Teil an Geldeswert dazu beitragen.

Herr Wagemann, der ja als Deutscher zu den gebrannten Kindern gehört und es deshalb wissen muss, breitet sich in sehr fachmännischer Weise über dieses Thema aus. Mit der Ueberlegenheit jener, die das alles schon einmal mitgemacht haben, sagt er ganz offen, dass im « harmonischen Spiel » des Ausgleichs zwischen inflationistischen und deflationistischen Tendenzen das Herzstück einer vollendeten Finanzpolitik zu finden sei.

Dieses Spiel hat man im letzten Krieg noch nicht ganz begriffen. Man beschränkte sich darauf, ein sehr lockeres und trügerisches Gleichgewicht zwischen der Schaffung und der Absorbierung des Geldes herzustellen, das heisst man beschränkte sich hauptsächlich auf den Sektor des Kapitals, während man diesmal auch auf dem Gebiete der Einkommen und — allerdings zu ihren Ungunsten — der Löhne zum rechten gesehen, das heisst der « inflatorischen Erhöhung der Löhne » vorgebeugt hat. Darauf ist man stolz. So sagt Wagemann in diesem Zusammenhang, es lasse sich nicht leugnen, dass die britische Kriegsfinanzierung in manchen Punkten nicht schlecht organisiert sei und in mancher Hinsicht an die deutschen Methoden erinnere. Es werde eine Preispolitik und die direkte Orientierung der Produktion betrieben. Trotzdem sei das System nur ein loses Gerüst, weil ihm der Hauptträger des deutschen Systems fehle, eine unerbittliche Lohnpolitik, und zwar deshalb, weil eben England die solide Grundlage einer autoritären Staatsführung fehle. Wenn der deutsche Wirtschaftsminister Funk auf den fragenden Titel des Buches von Wagemann die schlagfertige und geschickte Antwort gefunden hat, dass eben all das Geld von der vielen Arbeit komme, musste nur noch dafür gesorgt werden — es wird dafür gesorgt! —, dass all das viele Geld nicht mehr zur Arbeit bzw. zum

Arbeiter zurückkehrt, denn da nur der Moloch Krieg Recht auf Bedarfsdeckung hat und somit der zivile Bedarf auf ein Minimum begrenzt sein muss, würde das Geld, wenn es in die Hände jener käme, die es zu einem grossen Teil erarbeitet haben, inflatorisch wirken. Daher der Lohnstop in Deutschland und andern Ländern, der « hälftige » Teuerungsausgleich in der Schweiz usw.

Viele Beobachter, die sich von der oben dargelegten Philosophie nicht verblüffen lassen, erwidern darauf, dass man, wenn man schon vom harmonischen Spiel der Geldfaktoren und andern schönen Dingen redet, die Augen nicht nur hypnotisch auf die « inflatorische Erhöhung der Löhne und anderer Einkommen » richten dürfe.

In der Tat lässt sich das « harmonische Spiel des Ausgleichs zwischen inflationistischen und deflationistischen Tendenzen » in kriegführenden und besonders in nicht kriegführenden Ländern zuungunsten und zugunsten des Kapitals, zugunsten und zuungunsten der Löhne spielen, wobei man sich allerdings bewusst sein muss, dass es ja letzten Endes nicht um das Geld geht, das hinter entsprechenden Massnahmen steht, sondern um die Güter, die sie darstellen, darum, innerhalb des zulässigen und zuträglichen Geldvolumens eine andere und bessere Verteilung, einen Ausgleich herbeizuführen. Es wird in bezug auf die Durchführung und die richtige Form dieses Ausgleichs innerhalb von Staat und Gesellschaft noch viel zu lernen und zu korrigieren geben. Eines aber steht heute schon fest: mit dem Prinzip des im Interesse des ganzen Volkes und unter Wahrung der menschlichen Initiative und Würde gehandhabten Ausgleichs wird die moderne Demokratie stehen und fallen! Die Zukunft ist ohne Organisation undenkbar. Die Organisation aber kann nur dann Freiheit bedeuten, wenn sie nach Möglichkeit Selbsthilfe der Beteiligten ist. Diese soll die Grundlage der gewerkschaftlichen Organisation und des Ausgleichs in gleichberechtigten Körperschaften sein.

Dieser Ausgleich muss sich — wie gesagt — letzten Endes auf der Seite der Waren ausdrücken, in der bessern und gerechteren Zuteilung und Verteilung der vorhandenen Konsumgüter. Das Geld spielt dabei, so lässt sich sagen, nur die Rolle des Vehikels zum Transport dieser Waren. Es muss dafür gesorgt werden, dass, wenn auch einer noch so viele Vehikel, das heisst Geld, hat, er damit an Waren, die für alle lebenswichtig sind, nicht mehr nach Hause fahren kann als jeder andere. Viele glauben, dieses delikate Resultat sei schon dann erreicht, wenn die Waren rationiert und die Preise kontrolliert, beziehungsweise vorgeschrieben werden, da in diesem Fall dem findigsten Kopf die besten und zahlreichsten Vehikel nichts nützen. Man kann es jedoch machen, wie man will, es wird allzeit der Tatbestand bleiben, dass es unmöglich ist, die Preise zu kontrollieren und zu stabilisieren sowie eine gerechte Rationierung zu erwirken, wenn die Kaufkraft ungleichmässig ver-

teilt ist. Wie aber kann die Kaufkraft gerecht und gleichmässig verteilt werden? Ist solches überhaupt möglich? Ist es in der jetzigen Gesellschaftsordnung möglich? Würde diese Verteilung nicht mehr und nicht weniger bedeuten als die kalte Einführung des Kommunismus in jener Form, wie man sich diese Gesellschaftsordnung im landläufigen Sinne vorstellt? Ist nicht schon die abgestufte Rationierung eine Art kommunistische Massnahme? Ach nein, es ist « nur » Kriegswirtschaft!

In der Praxis stellt sich leider immer wieder heraus, dass das Vehikel, das Geld, stärker ist als jede Rationierung, Preiskontrolle usw. Wir wollen mit dieser Feststellung nicht nur die Kapitalisten und wohlhabenden Leute treffen. Das Geld regiert auch noch andere Welten. Auch der Werktätige will und muss in einer Gesellschaftsordnung auf seinen Vorteil bedacht sein, wo er alles andere als auf seine Rechnung kommt. Es bleibt ein frommer Wunsch, wenn man glaubt, die Werktätigen lassen sich auf die Dauer beschwichtigen, wenn man täglich den Teufel der inflatorischen Wirkung der Lohn-erhöhungen an die Wand malt. Es ist ein ebenso frommer Wunsch, wenn man glaubt, durch Rationierung, Preiskontrolle usw. die mehr oder weniger grosse Kaufkraft vom Markte abhalten zu können.

Wenn auch nicht das Kind mit dem Bad ausgeschüttet, sondern zugegeben werden soll, dass auf den Wegen, die wir heute begehen, schon allerlei erreicht worden ist und bei gutem Willen und Beharungsvermögen noch mehr erreicht werden kann, so soll doch in gut dialektischer Weise auch auf andere Wege hingewiesen werden, die sich vielleicht bei neuen Notwendigkeiten einschlagen und ausprobieren lassen.

In diesem Sinne sind in letzter Zeit besonders zwei Namen genannt worden, die zufällig ganz ähnlich klingen, jedoch unabhängig voneinander in Erscheinung getreten sind: Teleki und Kalecki.

Teleki gibt sich keinen Illusionen hin, nicht einmal in bezug auf die Möglichkeiten der Verhütung der Inflation im Laufe des jetzigen Krieges. Tempo und Ausmass der finanziellen Belastungen seien in diesem Krieg so gewaltig, dass selbst die überaus hohe direkte Abschöpfung durch Steuern usw. keine endgültige Hilfe bringen könne. Man dürfe nichts übertreiben. Auch wenn sich die Menschen die höchsten Steuern, Zwangssparen usw. gefallen lassen, so werde einmal ein Optimum erreicht.

« Eine so hohe Besteuerung », sagt Teleki, « treibt nämlich automatisch die Löhne und Gehälter in die Höhe, denn wenn einem Lohnempfänger die Hälfte seines Lohnes an Steuern weggenommen wird und sich inzwischen auch die Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel erhöht haben, so wird er sich sagen, dass er unter diesen Umständen von seinem bisherigen Verdienst nicht mehr leben kann, sondern etwa das Doppelte verlangen muss; denn davon nimmt ihm ja der Staat die Hälfte wieder weg, so dass er von dieser Erhöhung eigentlich nichts profitiert. Aus diesen Gründen erscheint die überaus hohe Besteuerung als kein geeignetes Mittel, um eine

Inflation, die bei längerer Kriegsdauer unvermeidlich zu sein scheint, zu verhindern...» «Das Ende wird ja (mit Ausnahme weniger Länder) wieder die Inflation sein, und es dürften diejenigen recht behalten, welche sich Gold, Schmuckstücke, Grundstücke und sonstige, angeblich ‚wertbeständige‘ Sachen rechtzeitig angeschafft haben.»

In England scheint der neuralgische Punkt bereits erreicht zu sein. In einem englischen Zeitungskommentar, der sich über die starke Erhöhung der Lebensunterhaltskosten ausspricht, haben wir kürzlich gelesen, dass unter anderm auch die Steuern sehr stark gestiegen seien und grosse Teile des Lohneinkommens in Anspruch nehmen, «weshalb die Berücksichtigung der Steuererhöhungen bei der Lohngestaltung allmählich sogar zu einem Gegenstand der Lohnverhandlungen wird». Ein Lohnstop, der von der Regierung schon Mitte letzten Jahres in Aussicht genommen wurde, ist deshalb von den Gewerkschaften für so lange abgelehnt worden, als die Reallöhne der Vorkriegszeit nicht allgemein erreicht worden sind.

Und wie steht es mit dem Gewinnstop? In den kriegführenden Ländern, wo allein die Lieferung der Ware, und zwar die möglichst sofortige Lieferung, eine Rolle spielt, ist man vielfach aus den praktischen Gründen des Produktionsanreizes bereits mehr oder weniger davon abgekommen. So hat zum Beispiel der Amerikanische Gewerkschaftsbund vor kurzem erklären lassen, dass er die von Präsident Roosevelt vorgeschlagene und von den abgespalteten CIO-Gewerkschaften unterstützte Beschränkung des jährlichen Nettoeinkommens auf höchstens 25,000 Dollar ablehne. Mancher unabhängige Geschäftsmann könnte, so argumentiert man, es sonst nötig finden, seinen Betrieb und die Zahl der Arbeiter einzuschränken und nicht mehr die gleiche Leistung im Interesse der Kriegführung zu vollbringen. Aehnliche Tendenzen machen sich in England geltend.

In einer Publikation, deren Vorwort vom Vorsitzenden des Britischen Gewerkschaftsbundes geschrieben worden ist, und die nicht etwa von einer besonders reformistischen Gruppe von Sozialisten, sondern von einer Gruppe der Linken ausgeht, heisst es in diesem Zusammenhang unter anderem: «Ein vernünftiger Plan der Kriegsfinanzierung muss von der realistischen Einschätzung dessen ausgehen, was auf Grund der Gesetze möglich ist, die unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem bestimmen. Wenn wir die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens ändern wollen, *indem wir seine Triebfedern beseitigen, so würde damit eine politische Revolution vollzogen werden, die im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich ist. Die wahre Triebfeder in der Wirtschaft ist, ob wir wollen oder nicht, die Möglichkeit, Gewinne zu machen oder die Löhne zu erhöhen. Solange die eine dieser Triebfedern bestehen bleibt, muss es auch die andere.*» Man könne nicht die Löhne niedrig halten bzw. stabilisieren und die Gewinne aufrechterhalten oder die Gewinne drosseln und den Löhnen den Lauf lassen. Es könne nicht während des Krie-

ges ein völliger Wechsel der Triebfedern einsetzen, sondern der Hebel müsse bei der Beschränkung des Konsums jener angesetzt werden, die auf Grund ihrer Waren oder ihrer Arbeitskraft verdienen. « *Da man viel Geld zur Kriegsfinanzierung braucht, sollen* », so heisst es weiter, « *nicht so sehr die Einkommen begrenzt, sondern sie sollen richtig abgeschöpft, zum Ausgleich verwendet und von den Waren abgehalten werden...* » « *Wenn man die Arbeiter plötzlich des Anreizes zum Geldverdienen beraubt, so würde sich eine solche Massnahme stark auf die Arbeitsleistung auswirken, das heisst diese herabsetzen.* »

Teleki (Ungarn) und Kalecki (England) kommen ganz unabhängig voneinander zu ähnlichen Schlussfolgerungen.

Teleki schreibt in diesem Zusammenhang: « Das Kartensystem und die Rationierung gehen vom theoretisch richtigen Standpunkt aus, dass die vorhandenen lebenswichtigen Güter in möglichst gleicher und gerechter Weise verteilt werden sollen. Das Kartensystem funktioniert nach den gemachten Erfahrungen so lange gut, als genügend Waren zur Verteilung an die Bezugsberechtigten vorhanden sind, fällt jedoch in dem Moment zusammen, wo die vorhandenen Waren nicht mehr ausreichen, um die Bezugsberechtigten zu befriedigen.

Die Erfahrung, die man schon während des Weltkrieges 1914/18 gemacht hat und deren Symptome sich in einzelnen Ländern bereits wieder zeigen, lehrt, dass sofort bei Einführung des Kartensystems oder auch nur bei der Vermutung, dass gewisse Waren rationiert werden, die Hamsterei und der Schleichhandel beginnen. Schärfste Strafen können es nicht verhindern, dass die Leute auf ungesetzlichem Wege Vorräte sammeln und im Schleichhandel viel höhere Preise bezahlen als die amtlich festgesetzten Höchstpreise. Die Rationierung verursacht manchmal sogar einen zusätzlichen Bedarf, denn viele Leute beziehen auch solche rationierte Waren, die sie gar nicht benötigen, kaufen sie nur deshalb, weil sie mit den Karten hierzu das Recht haben und weil sie befürchten, dass diese Waren später überhaupt nicht mehr erhältlich werden (ein Uebel, das in der Schweiz ganz besonders grassiert! d. V.).

So war Ungarn z. B. stets ein grosser Zuckerexporteur, und es hatte alle Mühe, seinen Ueberschuss an Zucker im Ausland abzusetzen. Trotzdem nun die Zuckerernte des Jahres 1939 eine ausgezeichnete war, trat im Jahre 1940 eine solche Zuckerknappheit in Ungarn ein, dass sich das Land, um die Zuckerrationen befriedigen zu können, gezwungen sah, bedeutende Mengen Zucker von Deutschland auszuleihen. Wieso entstand diese Knappheit? Die Beantwortung dieser Frage ist einfach. Die bäuerliche Bevölkerung in Ungarn konsumierte vor 1939 wenig Zucker. Als dann das Kartensystem in Kraft trat, bezog jeder die volle Menge an Zucker, die ihm durch die Karte gebührte und gab das Quantum, das er selbst nicht brauchte, im Tauschwege an Konsumenten ab. So geht es auch in vielen andern Artikeln. Die Gleichschaltung des Konsums ist deshalb undurchführbar, weil die Bedürfnisse der Menschen verschieden sind und nicht nach einem Schema amtlich festgesetzt werden können. »

« Die Verfechter der Rationierung und des Kartensystems », so heisst es weiter, « werden daraufhin einwenden, dass die Rationierung deshalb notwendig sei, weil jedermann das Minimum dessen erhalten soll, was er zum Leben braucht; wenn die Waren nicht rationiert wären, so könnten sich die gutsituierten Leute ganz einfach mehr davon kaufen als die Armen. »

«Auf den ersten Blick», sagt Teleki, «scheint dieser Gedankengang richtig zu sein. Wenn man sich aber mit dieser Frage eingehender befasst, so stellt sich folgendes heraus: im allgemeinen sind die sogenannten reichen Leute viel kleinere Konsumenten als die Armen. Ein Mann, der den ganzen Tag schwere physische Arbeit verrichtet, hat begreiflicherweise einen viel grösseren Appetit und ist auch gewohnt, viel mehr zu essen als jemand, der den ganzen Tag im Büro sitzt, oder eine Dame, die erst gegen Mittag aus dem Bett kriecht, ganz abgesehen davon, dass die meisten reichen Damen eitel sind, schlank bleiben wollen und darnach trachten, möglichst wenig Kalorien zu sich zu nehmen. Der Konsum an Brot, Fett, Kartoffeln usw. durch die sogenannten besitzenden Klassen ist daher ein viel geringerer als jener der ‚armen‘ Leute.

Wenn daher schon rationiert wird, so sollen die körperlich Arbeitenden von diesen Dingen grössere Rationen erhalten als die vermögenden Leute. Es wäre auch denkbar, dass die Leute mit grossem Einkommen frei einkaufen könnten, jedoch zu zwei- bis dreifachen Preisen als die unbemittelten, und dafür die wichtigsten Lebensmittel für die Armen verbilligt werden. Die Hamsterei tritt gewöhnlich dann ein, wenn eine Ware rationiert wird, und das bewährteste Mittel, eine Ware zum Verschwinden zu bringen, besteht in der Massnahme, sie zu rationieren.»

Wie wir sehen, wird im letzten Abschnitt ebenfalls das wichtige Thema des «Ausgleichs» angeschnitten.

Es lässt sich über diese Methode und darüber streiten, wie und von wem dieser Ausgleich — auch auf vielen andern Gebieten! — herbeigeführt werden kann und soll. Auf alle Fälle ist er ein ausgesprochen demokratisches Mittel, und er wäre um so demokratischer, wenn es ein direkter Ausgleich zwischen den direkt beteiligten Produzenten und Konsumenten sein könnte, wie er zum Beispiel in der Form des sogenannten «Solidardiskont» von Edmund Ernst in der «Schweiz. Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Arbeitsgestaltung» angestrebt wird. Hans Thaller, der sich in der besagten Zeitschrift in der Nummer vom Juli 1942 im Zusammenhang mit den Methoden Telekis zur Ersetzung des Rationierungs- und Preiskontrollsystems mit dieser Frage befasst, sagt unter anderm:

«So wie in England und auch in Ungarn nicht mit Rationierungskarten gearbeitet wird, sondern mit Einkaufsbüchlein, so haben wir Einkaufsbüchlein ohnehin schon im Milchhandel. Ausserdem haben wir auch verschiedene Formen eines Rabattverfahrens, das durch den Handel selbst eingeführt worden ist. Der VSK gewährt seinen Kunden einen Rabatt von 8%. Die Rabattsparvereine des Detailhandels gewähren ebenfalls ihren Kunden Rabatte. Dieses Rabattsystem beruht auf dem subjektiven und rationellen Diskontverfahren, nach welchem der Kaufmann seinem Kunden seinen Dank ausspricht für die geleistete Zahlung.

Das Verfahren Teleki beruht nun auf der Umkehrung des Preiskontrollverfahrens und auf der Steigerung des Diskontprinzips, wie es in dieser Zeitschrift schon in den verschiedensten Formen als Solidardiskont dargelegt wurde.

Anstatt dass man sich das unmögliche Ziel setzt, mit gesetzlichen Mitteln die Preise tief zu halten und dabei scheitert, schlägt Teleki vor, die Preise so hoch als möglich zu setzen, zugleich aber durch Rabattmarken den weniger Begüterten Solidardiskonte zu gewähren, so dass sie die vorhandenen Waren effektiv billiger erhalten, als der normale Wiederbeschaffungspreis verlangt. Dies wird dadurch möglich, dass die Begüterten höhere Preise bezahlen als den normalen Wiederbeschaffungspreis, die aber weniger hoch sind als die Schwarzhandelspreise, die von den Zahlungsfähigen ohnehin gerne bezahlt werden.»

Da der Verfasser, den Tendenzen der Zeitschrift entsprechend, schon aus Gründen des sittlichen und ethischen Appells gegen etatistische Lösungen ist, stellt er sich den Ausgleich wie folgt vor:

« Der Preis, beispielsweise der Milch oder des Brotes, wird nach dem normalen Wiederbeschaffungspreis berechnet. Der Ausgleich wird nun nicht vom Staate, sondern von den Handelsfirmen gebracht, indem jeder weniger Begüterte eine seiner Einkommensstufe entsprechende Anzahl Rabattmarken erhält, die er in sein Milchbüchlein (resp. in sein Bäckereibüchlein) einklebt und seinem Lieferanten übergibt. Hingegen steht der normale Richtpreis höher als der Wiederbeschaffungspreis. Das Milchgeschäft oder die Bäckerei hat einen bestimmten Umsatz an Milch und Milchprodukten, resp. an Backwaren, und dazu eine entsprechende Anzahl von Rabattmarken. Die erzielten Ueberpreise und die gewährten Rabatte werden in einer berufsorganischen Ausgleichskasse verrechnet, die den Solidardiskont zu steuern hat.

Damit erhält man also die Möglichkeit, dass der Ausgleich zwischen reich und arm und die rationelle Steuerung des Verbrauchs einer Ware nicht durch die Zwangsmittel des öffentlichen Rechtes mit seinen strafrechtlichen Einschüchterungsmitteln vollzogen wird, sondern auf handelsübliche Weise, indem dabei dem Kaufmann die ihm gemässe Funktion der Dienstleistung und der menschlich vollberechtigten Warenverteilung zugemessen wird. Die Ware als solche wird nicht verschwendet. Der Produzent erhält seinen Gestehungspreis. Der Arme muss nicht hungern, im besondern dann nicht, wenn der Familienvater entsprechend wachsender Kinderzahl eine Rabattsteigerung erhält. Ein Schwarzhandel wird auf dieser Grundlage viel weniger zur Geltung kommen, weil nicht eine ausserwirtschaftliche Instanz mit handelsfremden Methoden den Ausgleich organisiert, wie dies beim staatsautoritären Rationierungs- und Preiskontrollverfahren der Fall ist, sondern der Ausgleich wird von den Firmen selbst nach handelsüblichen Methoden auf Solidargrundlage in privatrechtlicher Form organisiert. Diese verlieren das Interesse am Schwarzhandel, weil das Interesse an Kunden, die normale Ueberpreise bezahlen, überwiegt.

Aber nicht nur die Aussicht, dass auf diesem Wege der Schwarzhandel und die strafrechtlichen Einschüchterungsmittel vermieden werden, dass der Produzent auf diesem Wege die Möglichkeit gewinnt, den Preis seiner Ware nach dem effektiven Wiederbeschaffungswert zu erhalten und dass der Arme darunter nicht zu leiden hat, ohne dass die Armut dabei an den Pranger gestellt werden muss, empfiehlt es, einen realen Versuch mit dem Verfahren Teleki zu machen. Es gibt noch wesentliche und ausschlaggebende andere Gründe, die dieses Verfahren als sehr erwägenswert erscheinen lassen. Sie sollen, da diese Gründe in dieser Zeitschrift schon wiederholt und von den verschiedensten Gesichtspunkten aus dargelegt wurden, kurz wiederholt werden.

In der Arbeiterschaft strebt man nach Lohnämtern. Dieselben sollen ein Erhebungsverfahren ermitteln, nach welchem die Löhne jeweils statistisch erfasst werden. Man weiss, welche liebe Not man immer hat, um den effektiven Lohnbestand jeweils herauszubringen. Durch das Rabattmarkenverfahren würde man ein statistisches Okular erhalten, welches es sehr leicht machen würde, dass die Gewerkschaften an den Rabattmarken, die ihre Mitglieder erhalten, die Höhe ihrer Löhne ohne grosse Schwierigkeiten in Erfahrung bringen könnten. Die Frage ist lediglich: Wer bestimmt die Auslieferung dieser Rabattmarken? Es könnte das Steueramt sein oder die Lohnämter oder freie paritätische Instanzen, die von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gebildet werden. Darüber lässt sich reden. Hauptsache ist, dass die statistische Eruierung der Lohnlage durch das Verfahren Teleki ausserordentlich erleichtert würde, so dass gerade die Organisationen der Arbeitnehmer ein wesentliches Interesse daran haben dürften, dass mit diesem Verfahren ein Versuch gemacht wird.

Dass durch das Diskontierungsverfahren nach den Vorschlägen Telekis der Gefahr der Inflation wirksam vorgebeut würde, liegt auf der Hand. Die

gegenwärtig brennend gewordene Diskussion über die Lohnerhöhungen nach dem steigenden Preisspiegel erhalte ein ganz neues Gesicht, weil nach diesem Verfahren Realloohnerhöhungen auf dem Wege der Preisverbilligung erzielt würden, und zwar generell für alle Kleinlohnverdiener zumal. Wesentlich ist dabei lediglich, dass die Skala der Rabatte in wirklich sozial richtiger Weise aufgebaut wird.»

Aehnlich gerichtete Betrachtungen hat kürzlich die «Metallarbeiter-Zeitung» im Zusammenhang mit dem Brotpreisaufschlag und der Zweckmässigkeit der Einführung von sogenannten Einkaufskarten gemacht:

«Was wir an dem erfolgten Brotpreisaufschlag vermissen, ist die Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse. Eine solche wäre möglich gewesen durch eine Differenzierung des Brotpreises nach der Höhe des Einkommens, eine Differenzierung, wie sie sich vielleicht sogar ohne Rationierung durch das einfache Mittel von Einkaufskarten verwirklichen liesse. Eine Differenzierung nach sozialen Gesichtspunkten müsste für die wirklich Minderbemittelten den Brotpreis auf der bisherigen Höhe belassen, ihn, wenn möglich, sogar um einige Rappen senken. Die Bezüger mittlerer Einkommen hätten den tatsächlichen Einstandspreis zu entrichten, müssten also auf den Beitrag des Bundes zur Brotverteilung verzichten, ohne ihrerseits einen Ueberpreis zu zahlen. Ein merklicher Ueberpreis wäre dagegen von allen bessergestellten Brotkäufern (worunter wir natürlich nicht bloss Millionäre und Halbmillionäre, sondern alle Bezüger eines Einkommens von mehr als 6000 bis 8000 Franken verstehen) zu fordern. Diejenigen Volkskreise, denen es verhältnismässig immer noch nicht schlecht geht, würden dergestalt durch eine unmittelbare Leistung zur Verbilligung des Brotes ihrer weniger bemittelten Volksgenossen beisteuern.»

Die «Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Arbeitsgestaltung» bemerkt dazu: «Damit hat die ‚Metallarbeiter-Zeitung‘ genau ausgesprochen, wie der solidarische Einkaufsdiskont (ohne staatliche Preiskontrolle und Rationierung) zur Zeit der steigenden Preise zugunsten der Konsumenten zu spielen hat. Ändert die Konjunktur, fallen die Preise, so ändert der solidarische Einkaufsdiskont die Richtung zur Hilfe an die Produzenten. Kurzum: die durch den solidarischen Einkaufsdiskont gesteuerten branchenmässigen Preisausgleichskassen gewährleisten für Produzenten und Verkäufer den Wiederbeschaffungspreis, für die Konsumenten den sozialen Preis.»

Auch Kalecki denkt in seinem Plan nicht so sehr an die Begrenzung der Einkommen, sondern vor allem an jene der Ausgaben.

Sein Plan läuft darauf hinaus, die totalen Ausgaben jedes Staatsbürgers für seine Einkäufe auf dem Gebiete des wichtigsten Lebensbedarfs zu begrenzen, wobei er jedoch das ihm zugesprochene Geld nach eigenem Gutdünken in den Ladengeschäften ausgeben kann. Anstatt Rationierungsmarken für Waren, erhält man Rationierungsmarken für Geld. Der Ausdruck «Ladengeschäfte» ist ziemlich weit gefasst und schliesst auch Restaurants, Garagen usw. ein, während zum Beispiel die Zahlung von Mieten usw. ausgeschlossen ist. Auch Ausgaben für gewisse Dienstleistungen usw., bei denen Rohstoffe und Arbeit eine geringere Rolle spielen, sind im Plan nicht inbegriffen (Altwaren,

Reparaturen, Bücher, Vergnügungen usw.). Der Verkauf in Ladengeschäften ohne Geldrationierungsmarken würde unter strengste Strafe gestellt. Die Kontrolle könnte vorgenommen werden auf dem Wege über die Verkaufssteuer. Damit die Verschiebung bzw. die Veräusserung von Karten von seiten der Kartenbesitzer nicht erfolgen kann, die ihre Abschnitte selber nicht brauchen können, soll im Einkaufsbüchlein ein absoluter und kontrollierbarer Maximalbetrag nicht überschritten werden können.

Ohne weiter auf die zum Teil komplizierten Einzelheiten dieses Systems einzugehen, möchten wir an Hand des Planes auf die von ihm genannten Vorteile hinweisen: Der Plan Kalecki ist einem Plan der allgemeinen Rationierung, Besteuerung oder des Zwangssparens deshalb vorzuziehen, weil er den Konsum der Gruppe der höheren Einkommen sofort reduziert, während der Konsum der ärmeren Bevölkerung gleich bleibt. Die grossen Ausgaben der Reichen für Mahlzeiten und allerlei andere teure Güter sind es, die den Werktätigen nicht an die Formel der gleichen Opfer glauben lassen und die Moral des Durchhaltens schwächen. *Diese Ausgaben machen zur Zeit mehr böses Blut als die Tatsache höheren Besitzes als solche.* Es muss dafür gesorgt werden, dass unnötige und übertriebene Ausgaben aufhören und darüber hinaus die erhöhten Einkommen abgeschöpft werden. Ein zweiter Vorteil des Planes besteht darin, dass er die Inflation verhütet. Wenn er durchgeführt würde, so würde tatsächlich nur noch ein gewisser Gesamtbetrag für die Ausgaben in Ladengeschäften usw. in Frage kommen, das heisst die Preise würden sich selber stabilisieren. Das durch den Plan von Keynes vorgeschlagene Zwangssparen, das heisst die Verschiebung eines Teils des Konsums in die Friedenszeit, wo wieder mehr Waren vorhanden sein werden, wird in England von seiten der Arbeiterschaft vielfach abgelehnt.

Der Plan von Keynes läuft darauf hinaus, auf Grund einer gleitenden Skala von allen Einkommen (mit Ausnahme jener von weniger als 35 Schilling pro Woche für Alleinstehende und 45 Schilling für Verheiratete) einen Teil abzuschöpfen. In den niedrigen Einkommensklassen, die keine Einkommenssteuern zahlen, würde der genannte Betrag als eine Anleihe an die Regierung gutgeschrieben. Bei jenen Staatsbürgern, die Einkommenssteuern und Uebergewinnsteuern bezahlen, würden diese Steuern zuerst abgezogen und der restliche Betrag würde ihnen in gleicher Weise gutgeschrieben. Keynes geht dabei von der Erwägung aus, dass die Werktätigen, die auf alle Fälle ihren Anteil an die Kriegführung zu zahlen haben, auf diese Weise wenigstens einen Anspruch auf die Produktion nach dem Kriege erhielten, der im richtigen Verhältnis zu ihrem Opfer steht. Die gesparten Beträge würden nach dem Kriege in dem Masse zur Verfügung gestellt, als sich Güter und Dienstleistungen für den zivilen Konsum wieder mehren. Keynes glaubt ferner, dass dadurch die Nachkriegskrise ge-

272

mildert werden könnte, die wegen des plötzlichen Rückgangs der Bestellungen der Regierungen unvermeidlich erscheine.

Die Haupteinwände gegen den Plan von Keynes gehen dahin, dass die gegenwärtige ungleichmässige Verteilung der Einkommen dem System zugrunde gelegt und somit verewigt werde. Wenn auch die Armen (die Allerärmsten ausgeschlossen) ein Anrecht auf das Sozialprodukt nach dem Kriege haben würden, so würde das Anrecht der Reichen doch grösser sein. Was die Arbeiter nach dem Kriege interessiere, sei ihre wirtschaftliche Stellung im Vergleich zu jener der Reichen. Wenn die gleitende Skala von Keynes Beträge festsetze, die die betreffenden Staatsbürger heute zahlen können, so können sie ebensogut direkt in Form von Steuern oder einer Kapitalabgabe abgeschöpft werden. Dadurch würden die grossen Nachkriegsschulden vermindert, und der Ausgangspunkt für die Forderungen der Werktätigen nach dem Kriege wäre günstiger, als wenn die reichen Leute nach dem Krieg mit ihren grossen Sparbeträgen mit den Leuten kleiner Einkommen im Konsum in Konkurrenz treten. Wenn es wahr sei, dass die Nachkriegskrise verhindert werden könne durch Freisetzung von Spargeldern, so könne sie ebensogut verhindert werden durch beträchtliche Ausgaben der Regierung für öffentliche Arbeiten, soziale Dienstzweige usw. Da auf Grund des Planes von Keynes ein grosser Teil der akkumulierten Ersparnisse in den Händen der Reichen sein würde, die sie für ihren eigenen Konsum ausgeben würden, so wäre den Werktätigen besser gedient durch direkte Regierungsarbeiten, für Arbeiten nationalen Interesses. Eine Regierung, die mit grossen Schulden belastet sei, könne sich solche Ausgaben nicht leisten. Es wird auch nicht als feststehend betrachtet, dass durch das Zwangssparen die Inflation verhütet oder gemildert werden kann. Da an kleinen Spargeldern schon in normalen Jahren 3,600 Millionen Pfund vorhanden seien, sei es sehr leicht möglich, dass das Zwangssparen durch Abhebungen von diesen Spargeldern seiner Wirkung beraubt würde. Dies würde bedeuten, dass durch den Plan auch jener Vorteil nicht eintreten würde, mit dem man den Werktätigen die Massnahme mundgerecht machen will: die Stabilisierung der Preise. Endlich wird darauf hingewiesen, dass es sich dabei um Versprechungen für die Zukunft handelt, bei denen politische Gesichtspunkte völlig ausser acht gelassen werden. Die Gefahr einer Inflation nach dem Kriege bzw. einer Abwertung sei damit nicht aus der Welt geschafft, so dass eine reaktionäre Regierung gute Gelegenheit hätte, die angehäuften Spargelder durch eine Geldentwertung zu entwerten oder ganz zu streichen. Wenn die Massnahmen von Keynes durchgeführt werden, so müsse mindestens gleichzeitig die Garantie einer Kapitalabgabe nach dem Kriege erfolgen.

*

Wenn wir auf alle diese Versuche, Vorschläge und Ansichten hingewiesen haben, so ist es nicht deshalb geschehen, um die bereits gemachten anderweitigen Anstrengungen in der Schweiz oder

sonstwo herunterzumachen oder um zu behaupten, dass, was unter zahlreichen menschlichen Missverständnissen, Fehlern und Unzulänglichkeiten mit dem jetzigen System nicht erreicht worden ist, im Handumdrehen und ohne Schwierigkeiten mit einem andern System erreicht werden könnte. Es hat sich bei dieser Darstellung hauptsächlich darum gehandelt, auf andere Möglichkeiten und Wege hinzuweisen. Die Schweiz hat das grosse Vorrecht, sich im eigenen Lande und in der Welt noch umschauen und anregen lassen zu können. Wir müssen uns dieses Vorrechts würdig erweisen, indem wir nichts unversucht und ohne Betrachtung lassen!

Ob es nun so oder so gemacht wird, auf alle Fälle hängt jedoch das Mass dessen, was sich mit all diesen Systemen erreichen oder nicht erreichen lässt, in erster Linie von der Disziplin und dem Verantwortungsbewusstsein jedes einzelnen Staatsbürgers ab. Diese sind das wirkungsvollste Kraut, das gegen Schwarzhandel, Profitgier und Hamsterei gewachsen ist!

Geschichtliche Warnungen.

Von O b s e r v a t o r.

In der schweizerischen Presse sind angesichts der unaufhaltbaren Steigerung der Warenpreise, namentlich auch der Lebensmittelpreise, Warnungen vor inflatorischen Zuständen erhoben worden. Nichts ist verständlicher und gerechtfertigter, als dass die durch die Verteuerung der Lebenshaltung besonders getroffenen Volksschichten, vor allem also die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Forderung nach entsprechender Erhöhung ihrer Lohn- und Gehaltseinkommen erhoben haben. Nur wäre es ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man glauben würde, dass dadurch auch nur für einige Zeit ein erträglicher Ausgleich geschaffen werden könne. Denn die Lohn- und Gehaltsaufbesserungen rufen nach allen bisherigen Erfahrungen und nach den Gesetzen der wirtschaftlichen Logik nur zu bald wieder nach neuen Preissteigerungen. Soll aus diesem Wettlauf zwischen Preissteigerungen und Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht schliesslich eine regelrechte Inflation entstehen, die der Lebenshaltung der breiten Massen den schwersten Schaden zufügt, so müssen zugleich andere Mittel gefunden werden, um die durch die Kriegszustände hervorgerufene Warenverknappung und Preissteigerung auf die Volksgesamtheit und speziell auf die bessergestellten Volksschichten umzulegen. Wie das auf steuerlichem Wege und durch planwirtschaftliche Massnahmen geschehen könnte, sollte sobald und so gründlich wie möglich untersucht werden. Der Verfasser möchte heute nur auf die tragischen, wirtschaftlich und politisch geradezu verwüstenden Folgen hinweisen, die aus dem Mangel an rechtzeitiger Einsicht und Energie